

führt hatte, so wird es auch diesmal kommen. Es wird ihr Verdienst sein, wenn die nationale Ehre und Wohlfahrt vor den Gefahren bewahrt wird, womit das „nationale Kartell“ sie bedroht.

Und da kommen namentlich die freisinnigen Schwäber und reden davon, die Sozialdemokratie verschweige ihre „eigentlichen Ziele“ in diesem Wahlkampf. Niemand würde es freudiger begrüßen, als die Sozialdemokratie, wenn gegenwärtig schon darum gestritten würde, ob mit der kapitalistischen Produktionsweise begonnen werden solle. Es ist nicht ihre Schuld, sondern in erster Reihe die Schuld der liberalen Bourgeoisie, wenn die Arbeiterklasse vorerst ihre Kräfte daran setzen muß, von der deutschen Nation das Schicksal abzuwenden, zum allgemeinen Gespött des zivilisierten Auslandes zu werden.

## Revolution in Rußland.

### Anleihe-Frage und neue Duma.

Der von einem Bank-Konsortium unter der Führung des Ex-Ministers Roudier geplante Abschluß einer „maskeierten Anleihe“ scheint gescheitert zu sein. Es wird aus Paris mitgeteilt, daß die „Gesellschaft“, welche diese Anleihe durchzuführen sollte, beinahe endgültig gegründet war, als von der französischen Regierung den Gründern bekannt gemacht wurde, daß in diesem Falle das Ministerium ein Verbot gegen verkappte Anleihen in der Kammer einbringen würde. Der bisherige Mißerfolg der Anleihe hat auf die „politischen Kreise“ in Rußland eine große Rückwirkung ausgeübt. Die über die Interna der „höheren Sphären“ ausgebreitet informierte „Strana“ erzählt, daß vor wenigen Tagen die Regierung aus dem Auslande die Mitteilung erhalten hat, daß die Annahme der Anleihe in keinem Falle gelingen kann, falls die zweite Duma aufgelöst wird. Unterdessen erklärt Sokolow mit vollem Nachdruck, daß die Durchführung der neuen Anleihe nicht später als im April unumgänglich notwendig ist!! Die von Stolypin geführte Politik der Feldkriegsgerichte und der harten Allianz mit der Schwarzen Bande erwies sich unter diesen Umständen als völlig unglücklich. Die dem Liberalismus gegenüber verschönlidher gestimmten Elemente der Regierungskreise, die sogenannten „hochgestellten Progressiven“, d. h. diejenigen Vertreter des Hochadels und der Bureaokratie, die in einer partiellen Väterung mit den Mächten der Neuzeit das Heil ihrer Klasse erblickten, führen gegen den Stolypin'schen Kurs einen heftigen Kampf. Sie weisen mit vollem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, mit der neuen Duma einig zu werden. In einem kürzlich verfaßten Memorandum führen sie Beweise dafür an; eine neue Dumaauflösung, wird dort gesagt, wird mit dem finanziellen Bankrott gleichbedeutend sein.

Genau hängt der Ausgang der russischen Revolution nicht von der Stimmung eines Häufchens liberalisierender Höflinge ab. Die angeführten Tatsachen sind aber deshalb wichtig, weil sie klar zeigen, in wie hohem Maße der Erfolg oder Mißerfolg der Regierung in der Anleihefrage für Rußlands innere Politik ausschlaggebend ist.

### Die Verzweiflung.

Man schreibt uns aus Petersburg unterm 12. Januar: Die heutigen Blätter bringen telegraphische Auszüge der offiziellen Agentur aus den ausländischen Pressstimmen zu dem letzten Aktentat, die jedoch der Vollständigkeit entbehren und auch sonst nach dem Muster offiziöser Verdrehungen zugeschnitten sind, was die hiesige unabhängige Presse sehr gut weiß und deshalb die Verurteilungen mit größtem Vorbehalt vorläufig nur kurz registriert. Mehr Beachtung finden die Kuslajungen der Times, denen man anmerkt, daß sie nicht unbeeinflusst sind, und bis zum gewissen Grade ein Echo der „Sphären“ in Petersburg bilden. Die Times versucht nämlich die Notwendigkeit eines Einberufens der neuen Duma mit dem Ministerium Stolypin darzulegen und warnt die Opposition, in ihrer Forderung eines parlamentarischen Duma-Ministeriums zu schief vorzugehen. Das Ministerium Stolypin wolle soziale Reformen, beteuert das Sprachrohr, das Zusammenarbeiten der Duma mit ihm und seinem Kabinett müsse möglich sein. Dieses Mitleid singt die offiziöse Tagespresse hier tagtäglich, ohne aber nur die leiseste Wirkung zu haben, und die unabhängigen Blätter wie Russij und andere haben deshalb für die Bemühungen der Times nur Kopfschütteln, schließen aber aus dem inspirierten Artikel, daß die Regierung jede Hoffnung auf einen Erfolg der bisherigen Politik verloren habe. Zu ähnlichen Schlüssen gelangen auch die Blätter auf Grund der Informationen verschiedener auswärtiger Korrespondenten in Petersburg. Immerhin scheint man in den „Sphären“ den Gedanken einer Diktatur noch nicht fallen gelassen zu haben. Daß es an Vermählungen nicht fehlt, die schwankende Stimmung in den Hofkreisen in diese Richtung zu drängen, ersieht man am besten aus dem Rasen der Bogombrüder in den Moskowskija Wjedomosti und Russkoje Snamja. „Qui n'advance pas — recule!“ — schreibt das Moskauer Blatt des Gringmut und fordert „Petersburg“ auf, endlich gesetzliche Ordnung zu schaffen — durch die Einführung der Lynchjustiz für alle politischen „Verbrechen“, was, nebenbei bemerkt, auch der Generalprokurator Pawlow in einem geheimen Memorandum befürwortete. Die Russkoje Snamja der „wahrhaft russischen Leute“ ist geradliniger. Der Ausweg sei nur in einem gründlichen Bogom

nicht mehr die Absicht, sich wieder binden zu lassen. Es war bisher ja gerade sein Fehler gewesen, daß er nicht furchtlos genug die Kräfte seiner Natur ausgenutzt hatte. Deswegen war er auf seiner Märchenfahrt auch nicht weiter gelangt, als es der Fall war.

Jetzt aber sollten alle Segel gehißt werden! Von Ivan hatte er gerade einen neuen Eilbrief erhalten mit der dringenden Aufforderung, heimzukehren, um persönlich an den Verhandlungen über sein Projekt teilzunehmen. Er hatte den Brief, wie gewöhnlich, einige Tage unbeantwortet liegen lassen. Jetzt meldete er telegraphisch seine Heimkehr. Die Verheißung in Mannys Augen lockte ihn. Und dann sah er ein, daß die Zeit zum Handeln gekommen war. Er wollte jetzt selbst die Leitung der Sache in die Hand nehmen.

Zuvor aber wollte er Nakobe so schonend wie möglich auf den unvermeidlichen Bruch vorbereiten. Er wollte versuchen, sie zu der Einsicht zu bringen, daß, so wie seine Natur nun einmal war, es auch für sie am besten sein würde, wenn ihre Verbindung rechtzeitig gelöst würde. Aber das mußte nach und nach geschehen. Er wollte sie allmählich an den Gedanken an eine Trennung gewöhnen, so daß sie, wenn sie sich jetzt begegneten, einander als Freunde Lebwohl sagen konnten, ohne Bitterkeit und Bortwürfe.

Auch für ihn würde es gar nicht so leicht sein, dies Lebwohl zu sagen. Er schuldet ihr unendlich viel; aber seine Kreiheit konnte er nicht opfern, seine Zukunft konnte er nicht aufs Spiel setzen. Er mußte nun zeigen, daß er nicht vergebens zu den Füßen der Cäsaren gesessen, sondern gelernt hatte, den geraden Weg des männlichen Willens über den trüben Rubicon zu schreiben mit einem nutzigen: **Jaota est alea!**

(Fortsetzung folgt.)

zu jucken. Alles andere ist vergeblich. Wir können uns also wieder auf eine Wiederholung von Kischineu und Helost gefaßt machen. Und mit solchen Leuten ist die Regierung Bruder und Freund! Und da verlangt sie, die Opposition soll so dumm sein und Stolypin Vertrauen schenken, ja wohlwollend und alles verzeihend, mit Tränen der Freundschaft in den Augen in der Duma dieser Bogromfamarilla die Hand reichen!

## Pawlow.

Nur wenige Tage nach dem Anschlag auf den Stadthauptmann von der Launiz fielen am 9. Januar 9.35 Uhr die Schüsse in dem inneren Hof des Kreisgerichtes und um die zehnte Stunde vormittags wußte bereits ganz Petersburg, daß der Hauptprokurator der Militärgerichte, Generalleutnant Pawlow, sein Schicksal erreicht hatte. Was Pawlow für das gegenwärtige Blutregime war, das wissen die Leser noch aus der Zeit der ersten Duma. Als damals Pawlow in Vertretung des Kriegsministers auf der Rednertribüne erschien, um auf die Interpellation der Duma über die Hinrichtungen der sogenannten Militärgerichte zu antworten, da erhob sich die Duma wie ein Mann und dem Prokurator scholl der hundertfache Ruf entgegen: „Mörder! Mörder!“ — „Wir wollen hier dem Genfer nicht zuhören!“ Pawlow stand mit bleicher Miene da und wollte nicht gehen und immer von neuem schallte es: „Genfer!“ Bitternd und totenbläulich endlich der Hauptfunktionär der Nordmaschinen dem Sturm der Entrüstung, wankenden Schrittes verließ er die Duma, und das ganze Land gestellte seine Stimme zu dem Entrüstungsschrei. Er war einer der am meisten Gehassten aus dem ganzen heutigen Bureaokratentum. Das konnte man am 9. Januar in allen Straßen, in allen Restaurants, überall beobachten, wo nur Menschen zusammenkamen. Schon seit Wochen sprach man davon, welche Vorsichtsmahregeln der Prokurator ergriffen hatte, um den Revolutionären zu entgehen. „Wie sich erweist“, schreibt Retisch, „war der Schutz des Hauptprokurators außerordentlich. General Pawlow verließ sein Haus nur sehr selten. Dem Türwächter war befohlen worden, alle scharf zu beaufsichtigen. Zutritt zu dem Militärgerichtsgebäude zu erlangen, wo Pawlow seine Dienstwohnung hatte, war unmöglich. Geschlossen wurde das Gebäude 9 Uhr abends, und um 6 Uhr morgens geöffnet. Die Bewachung war ununterbrochen streng. Die Wohnung des Generalprokurators war mit dem Gebäude des Militärgerichts durch einen besonderen Gang vereinigt; die Türen waren gepanzert.“ Der Towarischsch weiß in seinem Bericht mitzuteilen: „General Pawlow übte alle mögliche Vorsicht. So wurden aus den Wohnungen in dem Gerichtsgebäude alle Beamten entfernt, denen Pawlow nicht traute. In den Hof, der von einem riesigen Bautenkomplex umgeben ist, konnte niemand ohne vorherige Meldung und besondere Erlaubnis hinein. Mehr als zwei Monate hatte er das Haus nicht verlassen und seine Vorträge machte er telephonisch oder schriftlich dem Kriegsminister. Noch vor einigen Tagen hat der Generalprokurator zusammen mit einer ganzen Schar von Detektivs die Dachräume besichtigt und die Aufgänge zu den Dachkammern zu vernageln.“ Die rächende Hand wußte ihn aber trotz allem zu finden. Auf dem mit hohen Giebelmauern umringten Hofe befand sich ein kleines Gärtchen, in dem der Generalprokurator ab und zu um 9 Uhr morgens spazieren ging. Der Aktentäter, der die Uniform eines Militärschreibers trug, gelangte, dank seinem gewandten Aufstreifen, nachdem er ein militärisches Meldebuch vorgewiesen hatte, durch das große äußere Portal in den Hof hinein. Der Türwächter Petrow wollte ihn nicht vorbeilassen. „Wohin willst du?“ „Siehst du nicht, daß ich mit dem Meldebuch komme.“ Der Türwächter ließ darauf alle Zweifel fallen, und sicheren Schrittes marschierte der „Militärschreiber“ in den Hof hinein. Er wußte, daß Pawlow gerade in dem Augenblick draußen war. Einige Augenblicke später frachtete auch die Bronninspitole und der Blutgierige, der auf seinem Gewissen Tausende von Menschenleben hat, lag röhrend im Schnee. Zu einer Viertelstunde war er eine Leiche. Der Aktentäter wandte sich zur Flucht, lief auf die Moisa hinaus, vorüber an der Zintendatur-Niederlage, von Dworniken und Beamten verfolgt und bog zur Winka-Straße ein, unaufhörlich aus dem „Bronnning“ und „Parabellum“ feuernd, wobei er einen Gorodowoi in die Brust traf. Die wilde Jagd ging weiter in die Offiziersstraße hinein, immer unter Schüssen, so daß das Publikum in panischem Schrecken in die Läden flüchtete oder sich an die Häusermauern drängte. Bei dem Gebäude des Kasanischen Polizeireviere gab ein Gorodowoi aus nächster Nähe auf den Aktentäter mehrere Schüsse ab, traf aber nicht. Der Aktentäter schoß ebenfalls beständig; ein Haus in der Offiziersstraße weist 19 Kugelspuren auf. Aus dem Revier stürzende Gorodowois und Feuerwehrlente umringten den Fliehenden; er sah ein, daß er nicht entkommen konnte und ergab sich; er wurde in die Verwaltung des Polizeireviere und von dort in die politische Schutzabteilung gebracht. Seinen Namen zu nennen, weigerte er sich. „Ich habe meine Pflicht erfüllt“, das war seine einzige Antwort. Dem Anschein nach soll er etwa 28 Jahre alt sein. Wie der St. Petersburg Gerold mitteilt, war die Kunde von der Tat nach Jarosko Selo schon vor 10 Uhr übermittelt worden. „Sie hat auf die Hofkreise einen tiefen Eindruck gemacht, um so mehr, als General Pawlow eine große Schutzwache zur Verfügung stand und der General sehr vorsichtig war, so daß er sich selten ohne Agenten der Schutzwache irgendwohin begab.“ Fast die gesamte Presse äußerte sich in Leitartikeln über den Anschlag. Besonders eingehend und scharf zeichnete die politische Lage im Zusammenhang mit dem Aktentat das angesehenste Blatt Ruß. „Sechs — sieben Tage, — das ist die Pause, die nötig gewesen ist, um jedes der letzten Attentate vorzubereiten. Am 9. Dezember wurde in Twer der Graf Ignatiew getötet, am 15. Dezember General Witwinow in Omsk, am 21. Dezember der Stadthauptmann von Petersburg von der Launiz und am 28. Dezember (9. Januar) — Pawlow. Das ist bereits ein System... Diese blutigen Tatsachen beweisen, daß die ordentlichen und außerordentlichen Polizeimahregeln zu nichts führen. Die Morden in der hohen Bureaokratie zeigen der ganzen Welt, daß von einer Beruhigung in Rußland nur Journalisten schwachen Können, die dafür bezahlt werden, die ihre Feder und ihr Gewissen verkauft haben... Mehrere Monate

arbeiten die Blutgerichte, Tausende von Bluträubern sind gefaßt worden, und es erweist sich, daß die Revolution weiter marschiert, daß sie vielleicht in ihr schärfstes Stadium getreten ist...“ Pawlow und Ignatiew waren die Schöpfer der Blutgerichte, von der Launiz prägte, er wolle die Revolution in 6 Stunden zermalmen, wenn er auf 6 Stunden die volle Gewalt erhalte. Die Revolution lebt aber, tot sind Ignatiew, Launiz, Pawlow. Und von neuem erschallt der Ruf: „Es lebe die Revolution!“

## Der Wahlkampf im 13. Wahlkreis.

In der bereits gestern von uns kurz erwähnten Versammlung in den Drei Willen, führte Genosse Dr. Gradnauer etwa folgendes aus: Als am 13. Dezember der Reichstag aufgelöst wurde, seien die Sozialdemokraten ganz besonders erfreut gewesen. Fast scheint es, als ob der Reichstagsantritt einer sozialdemokratischen Programmforderung nach kurzen Gesetzgebungsperioden in gewisser Beziehung etwas Nachdruck verliehen wolle. Es sei aber auch an der Zeit, daß mit dem gegenwärtigen Regierungssystem, das nicht fähig sei, eine gradlinige Politik zu führen, aufgeräumt werde. Wünschenswert sei jetzt Trumpf! Reich an Spektakelbildern, das war die Zeit nach der Reichstagsauflösung. Ein großes Saubchen innerhalb der nationalen Parteien, dann ein Kagenjammer, wie er schlimmer nicht abacht werden kann. In einer bei uns nicht seltenen Wählbarkeit, hatte man sich gegen das Zentrum gewandt, weil es nicht die Kolonialforderungen ohne weiteres genehmigen wollte. Die Sozialdemokratie hatte selbstverständlich den Nachtragsetz für die Kolonien ebenfalls abgelehnt: Jetzt ließ es, es gibt ein schwarz-rotes Kartell: Alle Parteien sollen aufgerufen werden, mit der nationalen Fahne voran, dieses Kartell niederzureißen. Aber es kam anders. Die Zentrumspartei machte gar nicht den Eindruck, als wenn sie sich so sehr fürchtete. Durch die Reichstagsauflösung war sie in eine glückliche Situation gebracht. Sie hatte alle Ursache, die 1908 fällig gewesen waren zu fürchten, jetzt war sie aber in die Opposition hineingebrennt worden. Die Wähler, die die Zentrumsmänner gewählt haben, sagten sich: Nun werden wir erst recht zum Zentrum stehen. Allerdings lägen ja die Dinge so, daß man gar nicht gegen die Macht des Zentrums kämpfen sollte. Der Regierung handelte es sich nur um Garantie für alle Bewilligungen für Militär, Flotte und Kolonien. Die nationalen Parteien sollten einen großen Block bilden, für die Reichsherrlichkeit, gegen das schwarze Zentrum, gegen die rote Sozialdemokratie das sollte die Parole sein. Aber jede Partei fürchte, dabei unter den Schlitzen zu kommen, jeder traue seinem Nachbar nicht. Die Konservativen haben eine gewisse Befürchtung, daß die Nationalliberalen, die im Laufe der letzten 20 Jahre eine kleine Partei geworden seien, jetzt die Gelegenheit ausnützen wollten, um wieder etwas empor zu kommen. Auf Kosten der roten hätten sie auch nichts dagegen, aber auf Kosten der Konservativen, damit wären sie nicht einverstanden. Und nun gar die Freisinnigen. Als es zur Neuwahl kam, standen sie in einer ganz kläglichen Situation. Sollten sie wirklich mit den Konservativen Hand in Hand gehen? Es gab eine Hilflosigkeit in den liberalen Blättern und Parteien, wie wir sie kläglich noch nicht gesehen haben. Und weiter habe man gesehen, daß sich Zentrum und Konservativ wieder still zusammen gefunden haben. Alle diese Dinge beweisen, daß die Regierung sich durch die Auflösung in die schlimmste Patsche hineingeritten habe. Aber die Wahlen seien nun einmal ausgeföhren, die Regierung könne nicht zurück, sonst würde sie vielleicht sagen: Karl, kehre zurück, es sei dir alles vergeben. (Heiterkeit). Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Redner auf die Wahlmache des Reichstagsverbandes zu sprechen. Er zeigte den Verammelten ein Flugblatt, das zur Vernichtung der Sozialdemokratie verfaßt und verbreitet wurde. Es trägt in großen Lettern die Ueberschrift: „Wählt zur Ehre des Vaterlandes gegen seine Feindr.“ Die ganze Ubrauenhaftigkeit von 1847 ist also auch wieder angewandt. Auf dem Bilde sieht man auf hohem Fundament eine Germania mit Schwert und Krone. Zu Füßen des Fundaments sind eine Anzahl Männer mit Balkenmähen angeordnet. Sie haben der Germania lange Stränge angehängt, um ihr das Schwert und die Krone aus den Händen zu reißen. Rechts und links von der Germania sind noch zwei Bilder „aus unsern Kolonien“. Auf dem einen Bilde sieht man, wie die Schwarzen einen Anstebler und mit ihm Frau und Kinder morden und die Gebäude niederbrennen. Darüber prangt die Aufschrift: „So kommt es, wenn ihr einen Sozialdemokraten wählt!“ Auf dem andern Bilde ist es wunderbar schön. Palmen spenden dort ihre Schatten, ein Bauer steht hinter seinem Pfluge, ein Schutruppenoldat reicht ihm freundlich die Hand; der letzte Schwärze ist soeben zum Teufel gejagt, und über diesem Bilde steht geschrieben: „So kommt es, wenn ein treuer deutscher Mann gewählt wird.“ Es fehlt nur noch das dritte Bild, in dem die 300 Hottentotten in Hamburg landen, und ganz Hamburg niederbrennen. Der Redner widerlegte in glänzender Weise die von der Regierung und den Parteien immer wiederholte Mär, daß, wenn die Eisenbahn von Knibuz nach Keetmanshoop bewilligt würde, ein Transport- und Trippunterhaltskosten während des Kolonialkrieges viel Geld hätte erspart werden können. Zum Schluß bemerkte der Referent: Sollte es der Regierung gelingen, jetzt einen Kartell-Reichstag zusammenzubringen, so würden wir auf dem Gebiete der Kolonials-, Militär- und Marineforderungen noch unser blaues Wunder erleben. Die Kosten einer solchen Politik würden wie bisher auf die breite Masse des Volkes abgewälzt werden. Die Kapitalistens- und Junkerklassen keines anderen Landes hat es so wie in Deutschland gemacht, durch Vertenerung der notwendigen Lebensmittel das Volk auszujupfern. Dagegen muß endlich Front gemacht werden. Es gilt freie Bahn zu schaffen für eine freie Entwicklung, es gilt die Revolution zurückzuwerfen und den Grund zu legen, auf dem die große Masse der arbeitenden Klassen sich eine freie Zukunft aufbauen kann. Draufender Beifall lohnte diese von Begeisterung getragenen Worte.

In der Diskussion erklärte sich ein Herr Reimann für die Kandidatur Langes. Hierauf schloß der Vorlesende die Versammlung mit einem feurigen Appell an die Versammelten, durch die Stimmabgabe am 25. Januar der Regierung zu zeigen, daß man die schamhässlichen, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zur völligen Erschöpfung führenden Machenschaften der Regierung und der Parteien jetzt endlich satt habe; daß gesunde dadurch, daß man bei der Wahl die Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokraten, für Friedrich Oeyer abgebe.

Im Schloß Draehenschloß wurde gestern abend eine zahlreiche besuchte Wählerversammlung abgehalten, in der der Genosse Johannes über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach und unter dem Beifall der Anwesenden die Auswertungs- und Politik der Regierung gelobte. Gegner waren nicht anwesend. In einem kurzen Schlusswort wies der Vorlesende auf die Wahlmache der bürgerlichen Presse hin und forderte die Versammelten auf, am Wahltag unsern Kandidaten Friedrich Oeyer ihre Stimme zu geben.

Im Wirtenschildchen zu Wahren wurde eine Wählerversammlung abgehalten. Genosse Wöog aus Leipzig referierte vor etwa 400 Personen über die bevorstehende Reichstagswahl. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Hilpert und Rauch. Die Polizei hatte zwei Gendarmen, einen Schutzmann, den Gemeindevorstand und einen Assessor der Amtshauptmannschaft aufgestellt. Vom örtlichen Wahlkomitee wurde bekannt gegeben, daß am 25. Januar abends das Wahlergebnis im Wirtenschildchen veröffentlicht werde. Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort. In seinem Schlusswort erwähnte der Referent die Anwesenden, am 25. Januar ihre Stimme dem Genossen Oeyer zu geben.